

Mehr EU-Demokratie per Wahlreform

Österreicher sollen EU-Kommissar selbst wählen

Paul Schmidt

Die Distanz zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen ist bekannt. Um das Interesse der Bevölkerung an der Europäischen Union zu steigern, sollte das Europäische Parlament vergangene Woche eigentlich über eine Reform des Wahlsystems abstimmen. Der Beschluss wurde jedoch wieder vertagt. Der Vorschlag hat zum Ziel, die Wähler bei den Europawahlen 2014 neben den nationalen Wahllisten auch aus einer länderübergreifenden Liste wählen zu lassen, basierend auf einem europaweit einheitlichen Wahlkreis mit 25 Kandidaten, die mindestens aus einem Drittel der bald 28 EU-Mitglieder kommen.

Transnationale Liste?

Die Notwendigkeit von neuen Ansätzen steht außer Frage. Bei den vergangenen Europawahlen 2009 machten nicht einmal die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung in Österreich – gerade einmal 46 Prozent – von ihrem Wahlrecht Gebrauch. EU-weit gingen noch weniger Wähler an die Urne. Mangelnde Bürgernähe, politisches Desinteresse und fehlende Präsenz europäischer Themen waren nur einige der möglichen Motive. Dazu kommen gegenwärtig die massiven Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der damit einhergehende Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik.

Die Reformbefürworter versprechen sich von länderübergreifenden Wahllisten einen europäischen Wahlkampf mit europäischen Kandidaten für das Europäische Parlament. Aber ist die Bevölkerung auch bereit, „europäisch“ zu wählen? Und vor allem: motivieren 25 zusätzliche europäische Kandidaten die rund 213 Millionen europäischen Nichtwähler der letzten Wahl, 2014 wählen zu gehen?

Für Österreich zeigen unsere Umfragen folgendes Bild: Die Mehrheit der Befragten möchte bei den Europawahlen gegenwärtig Kandidaten aus einer österreichischen Liste wählen. Länderübergreifende Listen mobilisieren nur einen geringen Teil der potenziellen Nichtwähler. Aber: je jünger die Befragten, desto stärker ihre Zustimmung zur transnationalen Liste.

Ein europaweiter Wahlkreis ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Eines, das noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit bedarf. Bis zur nächsten Wahl brauchen wir aber darüber hinaus insbesondere auch schnell umsetzbare und effektive Ideen, um mehr Aufmerksamkeit für europäische Themen und Entscheidungen zu schaffen. Ziel sollte sein einen europäischen Diskurs auf nationaler Ebene nachhaltig zu verankern. Eine deutliche Mehrheit der Nichtwähler würde wählen gehen, wenn sie damit Einfluss auf die Zusammensetzung, und damit die Tätigkeit, der Europäischen Kommission hätte. Der Wunsch nach Mitbestimmung – auch das zeigen unsere Umfragen – geht quer durch alle Bevölkerungsschichten.

Bislang sind die Bürger nur indirekt über ihre nationale Regierung und das Europäische Parlament an der Zusammensetzung der Europäischen Kommission beteiligt. Die Regierung nominieren ihren Kandidaten, dieser wird vom Europäischen Rat in Absprache mit dem Kommissionspräsidenten angenommen und stellt sich dann einem Hearing im Parlament. Das Parlament kann die Kommission als Ganzes annehmen oder ablehnen.



Paul Schmidt: mehr Demokratie für Europa wegen.

Foto: Wilke

Wieso wählen wir im Frühjahr 2014 also nicht selbst das österreichische Mitglied der EU-Kommission? Die nationalen Spitzenkandidaten der Parteien könnten beispielsweise bei den nächsten Europawahlen für den Job des EU-Kommissars zur Verfügung stehen. Der Listenerte der stärksten Partei würde dann von der Regierung als Kommissionsmitglied nominieren.

Die Folge: Gerade die Kommission – der vielfach fehlende Bürgernähe attestiert wird – gewinnt an zusätzlicher Legitimität. Die Menschen haben nicht mehr den Eindruck, es würde über ihre Köpfe hinweg entschieden. Sie sind es, die den EU-Kommissar auf nationaler Ebene wählen.

Eine Frage des Vertrauens

Ein Ideenwettbewerb zwischen spannenden Persönlichkeiten, um die politische Ausrichtung der Kommission würde den Europawahlen zu einem gesteigerten Interesse der Bevölkerung, mehr Aufmerksamkeit in den Medien und letztlich zu höherer Wahlbeteiligung verhelfen.

Mit der Wahl des designierten EU-Kommissars könnte die europäische Politik in Österreich an Glaubwürdigkeit gewinnen. Nur wenn die Menschen mitbestimmen können und dieser Politik vertrauen, werden sie – falls notwendig – auch einer Abgabe weiterer nationaler Kompetenzen an EU-Institutionen (vgl. *nebenstehenden Kommentar*) weniger kritisch gegenüberstehen. Öffentliches Interesse und stärkeres Vertrauen in europäische Politik sind Grundvoraussetzungen dafür, die Europäische Integration voranzubringen.

Die Wahl des jeweiligen EU-Kommissars wäre ein Schritt in diese Richtung. Wir brauchen ein gemeinsames Europa, und Europa braucht mehr Demokratie.

PAUL SCHMIDT, ehemals stellvertretender Leiter der Repräsentanz der Österreichischen Nationalbank in Brüssel, ist seit 2009 Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (paul.schmidtoefg.at)